

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Der Preis für die 24 mm breite Colonie-Kostenlos im Umkreisgebiet ist 30 (Postzusatzgebühren und Einschlaggebühren 10), auswärts 35, für die 30 mm breite Post-Zusatzgebühren 40, auswärts 100, für die 30 mm breite Post-Zusatzgebühren 55, auswärts 100.  
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12225.  
Erscheinungs-Adresse: Ver. Erzgeb. Nr. 28.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Grünhain, Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Verleger: Max 81 und 82, Grünhain (Post Nr.) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2651, Grünhain: Zellwiese Schwarzenberg.

Wichtigste Anzeigen für die am nächsten erscheinende Nummer bis einschließlich 9 Uhr in den Geschäftsstunden. Eine Gebühr für die Aufnahme der Anzeigen am vorbestimmten Tage sowie an bestimmten Tagen wird nicht erhoben, auch nicht für die Wiederholung der Anzeigen innerhalb eines Monats. — Für Rückgabe ungenutzter Anzeigen keine Verantwortung. — Entschädigung des Geschäftsbetriebes begründet kein Recht. Die Jahressubskription und Anzeigen gelten als nicht verbindlich. Hauptvertriebsstellen in: Aue, Grünhain, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 133.

Freitag, den 10. Juni 1927.

80. Jahrg.

## Amtliche Anzeigen.

Wegen Ausführung neuerlicher Schaltungen wird die Staatsstraße Schwarzenberg—Grünhain zwischen dem Bahnhof Beierfeld und Grünhain für die Strecke von km 5,25 bis 5,40 auf die Zeit vom 8. bis 12. Juni 1927 für allen Fahrverkehr gesperrt.

Die Umleitung erfolgt von Beierfeld—Schwarzenberg—Wachschleife nach Grünhain.

Zu widerhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 21 des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 437) bestraft.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 7. Juni 1927.

Wegen Ausführung eines Halbtankstuttes wird die Staatsstraße Schneeberg—Karlsbad in Eibenstock zwischen km 14,076 bis 14,5 auf die Zeit vom 9. bis 26. Juni 1927 für allen Fahrverkehr gesperrt.

Der Verkehr wird auf die Forststraße, den Widertplatz und die Feldstraße der Stadt Eibenstock verwiesen.

Zu widerhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 21 des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 437) bestraft.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 7. Juni 1927.

Freitag, den 10. Juni 1927 vorm. 8 Uhr sollen in Schwarzenberg-Neuwelt 1 Tisch, 1 Sofa, 2 Kleiderschränke u. a. m. meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Sammelort der Bieter: Fiskus-Gasthaus. □ 481/27

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Die hier in der Seminarstraße gelegene ehemals Oskar Mehlhorn'sche Gaudwirtsch., bestehend aus Wohn- und Stallgebäude, einer Scheune und 7,214 ha (etwa 26 Scheffel) in gutem Zustand befindlichen Felder, soll ab Anfang 1928, eventuell auch früher, verpachtet werden. Andere städtische Felder können noch angekauft werden. Inveniar (außer Drehschleife) ist nicht vorhanden. Pachtangebote unter Angabe des Pachtpreises sind hier einzureichen.

Schneeberg, am 8. Juni 1927.

Der Stadtrat.

Die Quartiergelder für die Einquartierung des 1. Bataillons Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 10 können bis zum 15. Juni 1927 in unserer Stadtkasse in Empfang genommen werden. Sie betragen: Für 1 Stabsoffizier 0,80 RM, für 1 Offizier oder Oberfeldwebel 0,40 RM, für 1 Feldwebel 0,30 RM, für 1 Unterfeldwebel, Unteroffizier 0,26 RM, für 1 Obergefreiten, Gefreiten oder Soldaten 0,20 RM, für 1 Reitpferd einschl. Futter 1,92 RM, für 1 Zugpferd einschl. Futter 1,98 RM, für 1 Tragtier einschl. Futter 1,84 RM. Sollten die Quartiergelder bis zum genannten Tage nicht abgeholt sein, so wird Einverständnis der Empfangsberechtigten damit angenommen, daß sie dem hiesigen Bürgerheim zur Verfügung gestellt werden.

Schwarzenberg, am 8. Juni 1927. Der Rat der Stadt.

## Dittersdorf.

## Straßensperrung.

Wegen Massenschüttung ist die Straße von Dittersdorf nach Kühnhaide vom 10. bis mit 16. Juni 1927 für allen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Dittersdorf verwiesen. Dittersdorf, den 9. Juni 1927. Der Gemeinderat.

## Die Balkankrise.

### Französische Vermittlungsversuche. Der Völkerbund schweigt.

Die neue Balkankrise beschäftigt die diplomatische Welt Europas in hohem Maße. Alles, was mit dem Völkerbund zusammenhängt, vor allem aber die französischen Politiker des Quai d'Orsay suchen zu verhindern, daß der Völkerbundrat sich mit dem albanisch-jugoslawischen Konflikt befaßt, weil man weiß, daß das zu einer Erörterung des italienisch-albanischen Vertrags von Tirana führen würde und daß Mussolini in dieser Frage nicht mit sich sprechen läßt. Die pazifistische Presse, so der „Vorwärts“ in Berlin und die Pariser Linkspresse, verkehren nicht ihren Kräfte darüber, daß, auch diesmal versucht wird, den Völkerbund von der Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe abzuhalten, die in der Verhinderung von Kriegen besteht. Einige Pariser Linkblätter verlangen, daß der Völkerbund sofort eingreife, um den Konflikt zu regeln. Bei dieser Gelegenheit, so wünscht der „Quotidien“, müßte auch der ganze Vertrag von Tirana, die Wurzel alles Übels, einer Revision unterzogen werden. Herr Briand wird sich natürlich hüten, dieser Forderung nachzugeben. Er versucht vorläufig, die Lage durch gutes Zureden in Belgrad zu retten. Auf seinen Einfluß ist es zurückzuführen, daß Jugoslawien dem albanischen Gesandten in Belgrad noch nicht die Pässe gestellt hat, obwohl sein Gesandter in Tirana mit dem gesamten Personal bereits Albanien verlassen hat.

Eine Havasmeldung aus Rom veröffentlicht eine Mitteilung der albanischen Gesandtschaft in Rom, in der festgestellt wird: 1. daß die albanische Regierung mit ihrer Mitteilung an den Völkerbund diesen nur über die neue Lage zwischen Albanien und Serbien informieren wollte, 2. daß es ihr nützlich und wichtig erschien, sofort festzustellen, daß zwischen dem zwischenfall Djurasowitsch, der Festnahme des jugoslawischen Dolmetschers, der einzigen Ursache des Bruches mit Serbien und dem Vertrag von Tirana keinerlei Verbindung besteht. — Die Pariser Linkspresse wird wohl nicht feilschen, wenn sie der Vermutung Ausdruck gibt, daß diese albanische diplomatische Mitteilung auf Befehl Mussolinis herausgegeben worden ist.

Schließlich ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zwar eine offensichtlich unangenehme politische Tatsache, braucht aber den Krieg nicht als einziges Ausfallsmittel im Gefolge zu haben. Südslawien will erst 1928 zu seiner Heeresorganisation schreiten und auch Italien ist in seinem Material- und Geldbedarf von England abhängig.

Berlin, 8. Juni. In Berlin beurteilt man den neuen jugoslawisch-albanischen Konflikt noch ernster als die englisch-russische Spannung. Der Himmel Europas hänge wieder voll Gefahrenwolken. Der hiesige jugoslawische Gesandte erklärte, er glaube, daß Belgrads Nachgeben jetzt seine Grenzen gefunden habe.

Belgrad, 8. Juni. Der albanische Gesandte hat Belgrad noch immer nicht verlassen, woraus geschlossen wird, daß die jugoslawische Regierung Wert darauf legt, daß die durch ihn eingeleiteten Bemühungen um Beilegung des Konfliktes weitergeführt werden. Der Gesandte dürfte jedoch auf die Vorschläge, die er der Regierung in Tirana gemacht hat, noch keine endgültige Antwort erhalten haben. Außenminister Marinowitsch ist nach dem Sommer des Königs abgereist, um dem König Bericht zu erstatten.

Paris, 8. Juni. Der jugoslawische und albanische Gesandte sprachen heute nachmittags nacheinander am Quai d'Orsay vor, wo sie in Abwesenheit Briands von dessen Rabinettchef empfangen wurden. Das französische Außenministerium entwickelt eine lebhaft vermittelnde Tätigkeit zur Beilegung des albanisch-jugoslawischen Konfliktes und man hofft, den Zwischenfall noch vor der Genfer Tagung beilegen zu können.

Genf, 8. Juni. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat heute vormittag eine zweite Note der albanischen Regierung erhalten, in der auf die Anfrage des Generalsekretärs der Wunsch ausgesprochen wird, daß die am 6. Juni dem Völkerbund übermittelte Note der albanischen Regierung über den Konflikt zwischen Albanien und Jugoslawien zur Kenntnisnahme der Mitglieder des Völkerbundsratos gebracht werde. Die Note der albanischen Regierung vom 6. Juni wird somit nach der heutigen Note lediglich zur Kenntnisnahme der Ratsmitglieder gebracht werden, ohne daß damit ein Antrag der albanischen Regierung verbunden ist, den jugoslawisch-albanischen Konflikt auf der bevorstehenden Ratsagung zur Behandlung zu stellen. Es liegt somit bisher formal für den Völkerbundsrat keine Veranlassung vor, sich mit dem Konflikt zu beschäftigen. (!)

London, 9. Juni. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Stimmung in Londoner diplomatischen Kreisen war gestern ausgesprochen optimistisch bezüglich einer baldigen und befriedigenden Lösung des serbisch-albanischen Streites. Mussolini habe in Tirana mindestens ebenso nachdrücklich seine Meinung vertreten wie Briand in Belgrad. „Morning Post“ sagt, in London hofft man, daß es nicht notwendig sein werde, den Streit vor den Völkerbundsrat zu bringen.

## Die Zusammenkunft in Baden-Baden.

Moskau zufrieden.

Moskau, 8. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Sowjetregierung mit den Ergebnissen der Tischgespräche Stresemann-Unterredung zufrieden. In der Unterredung seien ganz verschiedene Fragen besprochen worden, das Schicksal der Wezos in Deutschland, die osteuropäischen Ereignisse und die zwischenstaatlichen Wirtschaftsverhältnisse. Tischgespräche habe keine finanziellen Forderungen an Dr. Stresemann gerichtet.

Frankreich heft.

Paris, 8. Juni. Der „Matin“ meldet, daß in Baden-Baden auch der russische Handelsbevollmächtigte für Deutschland, sowie ein dritter Volkskommissar aus Moskau gewillt habe. Die Besprechungen der Russen mit Stresemann hätten insofern einen hochpolitischen Charakter getragen. Man könne nicht so stillschweigend an diesen freundschaftlichen Verhandlungen vorbeigehen, wie es das deutsche Volk zu tun scheine.

## Ein neuer Zweimächtepakt?

Newyork, 8. Juni. Wie „Associated Press“ erfährt, hat Briand durch den Botschafter Herrick beim Staatsdepartement in Washington anfragen lassen, ob die Vereinigten Staaten zum Abschluß eines Antikriegsvertrages geneigt seien. Die französische Regierung halte den Hotwell-Entwurf für ungeeignet, doch sei mit Rücksicht auf die Zunahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Amerika und durch den Lindbergh-Flug die Stimmung beider Völker für einen Zweimächtepakt jetzt außerordentlich günstig.

## Bombenattentat in Leningrad.

Leningrad, 8. Juni. Gestern in später Abendstunde betrat ein Unbekannter den Saal des Geschäftsclubs, in dem eine Sektion des Leningrader Diskussionsclubs der Kommunistischen Partei eine Mitgliederversammlung abhielt, und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosionen wurde der Raum zerstört und 26 Teilnehmer der Versammlung erheblich verwundet, so daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Außerdem kam es einige Leichtverletzte. Die beiden Täter, die ihren Rückzug mit Revolvergeschüssen bedien, entkamen.

Moskau, 9. Juni. Am Dienstag abend verunglückte bei Minz eine Dräse, auf der der stellvertretende Beauftragte des weißrussischen Militärbezirks einen der Spionage verdächtigsten Offizier des polnischen Geheimdienstes transportierte. Der Beauftragte, sowie der Führer der Dräse wurden getötet, zwei Begleiter wurden schwer verletzt. Es handelt sich um einen konterrevolutionären Anschlag.

## Russenverhaftungen in Warschau.

Berlin, 8. Juni. Wie aus Warschau gemeldet wird, haben die polnischen Sicherheitsbehörden in der vergangenen Nacht in Wilna und Warschau Verhaftungen und Hausdurchsuchungen unter den russischen Emigranten vorgenommen. Zu den Verhafteten gehören prominente Persönlichkeiten aus den russischen Monarchistenkreisen.

Moskau, 8. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, schreiben die Zeitungen „Pravda“ und „Iswestija“ den Warschauer Gesandtenmord auf englisches Konto. In der Ukraine soll die Erregung über den Gesandtenmord so stark sein, daß Gewalttätigkeiten gegen polnische Staatsbürger befürchtet werden.

Der russische Geschäftsträger in Warschau, Ulanoff, wird im polnischen Außenministerium die Forderung stellen, den Mörder einem Kriegsgericht zu übergeben und ihn mit dem Tode zu bestrafen.

## Revolutionäre Bewegung in Portugal?

Paris, 9. Juni. Havas meldet aus Badajoz, das Gerücht laufe um, daß eine revolutionäre Bewegung in Portugal ausgebrochen sei. Die Regierung habe den Truppen des Nordens Befehl erteilt, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Truppen seien in Entroncamento konzentriert. Die Bahnhöfe von Coimbra und Campilhos seien militärisch besetzt.

## Potsdams Besatzungsfrei.

Berlin, 8. Juni. In der Verwaltungskreisfrage, die zwischen dem preussischen Staatsministerium und dem Magistrat der Stadt Potsdam wegen der Weigerung des Potsdamer Oberbürgermeisters Dr. Kaufsch, die städtischen Gebäude am Verfassungstage zu besetzen, entstanden war, ist vom preussischen Obergericht eine Entscheidung zugunsten der Stadt Potsdam ergangen, mit der Begründung, daß die Stadt nicht gehalten werden könne, an anderen als den gesetzlich festgelegten Feiertagen zu flaggen. Der 11. August sei aber kein staatlicher Feiertag im Sinne des Gesetzes.